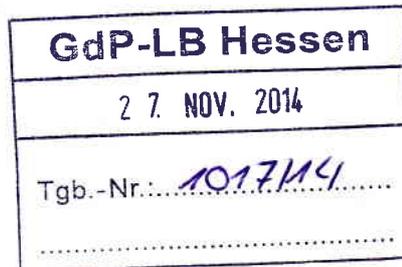




BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN SCHLOSSPLATZ 1-3 65183 WIESBADEN

Gewerkschaft der Polizei
Herrn Landesvorsitzender
Andreas Grün
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden



Jürgen Frömmrich, MdL
Sprecher für Innen-, Medien- und Netz-
politik, Verwaltungsreform und Sport

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Tel: +49 (611) 350 632
Fax: +49 (611) 350 600
Email: j.froemmrich@ltg.hessen.de

Wiesbaden, 25. November 2014

Hessen als verantwortungsvoller Arbeitgeber für Polizeibeamte Ihr Schreiben vom 22. Oktober 2014

Sehr geehrter Herr Grün,

vielen Dank, dass Sie sich an BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN wenden, wir wissen den Dialog mit Ihnen zu schätzen. Ich antworte Ihnen als innenpolitischer Sprecher auch für die Kollegen meiner Fraktion. Am Austausch mit hessischen Beamten ist uns ganz besonders gelegen, denn durch vorbildliche Leistungen und unermüdlichen Einsatz sorgen Sie dafür, dass das Land seinen Verpflichtungen den Bürgern gegenüber nachkommt. Wir wollen, dass das Land Hessen Ihnen ein vorbildlicher Arbeitgeber ist.

Den Dialog mit den Vertretern der Berufsorganisationen wollen wir auch deshalb weiter pflegen, um Transparenz zu schaffen und Verständnis für die notwendigen Maßnahmen zu werben. Unser Gespräch am 17. Oktober 2014 sehen wir daher nicht als ein singuläres Ereignis an, sondern möchten den so begonnenen Meinungs austausch fortführen.

Die neue Landesregierung steht bekanntlich vor der großen Herausforderung, den Haushalt des Landes zu sanieren. Derzeit belaufen sich die Schulden des Landes auf rund 43 Mrd. Euro und zugleich ist der Landeshaushalt 2013/2014 mit rund einer Milliarde Euro strukturell unterfinanziert. 2015 soll das Haushaltsdefizit auf 730 Mio. Euro reduziert werden und 2019 eine schwarze Null geschrieben werden. Hessen will bis 2019 seine Neuverschuldung komplett beenden. Das haben die hessischen Bürgerinnen und Bürger per Volksabstimmung in Art. 123 der Landesverfassung festgeschrieben.

Bankverbindung: Nassauische Sparkasse Wiesbaden IBAN: DE34 51050015 0111145555 BIC: NASSDE55XXX

Sie erreichen uns: Ab Hauptbahnhof mit den Buslinien 4, 12, 14, 27; Haltestelle Dernsches Gelände
oder unter www.gruene-hessen.de

Harte Einschnitte werden wir nur vermeiden können, wenn die Ausgaben gebremst werden. Der Anteil der Personalkosten am Landeshaushalt beträgt derzeit 44,7%. Auch angesichts der demographischen Entwicklung kann ein so großer Bereich nicht pauschal aus allen Sanierungsbemühungen herausgenommen werden.

Mit der CDU haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart, dass die Besoldung der Beamten nur zurückhaltend ansteigen soll. Dabei werden wir uns selbstverständlich vom Alimentierungsgrundsatz leiten lassen. Gleichzeitig werden wir ab 2017 die Arbeitszeit für Beamte reduzieren, das bedeutet de facto eine Besservergütung. Wir bitten Sie auch die Tatsache zur Kenntnis zu nehmen, dass der Haushaltsentwurf 2015 keine Streichung von Polizeivollzugsstellen vorsieht.

Auch hat der hessische Finanzminister jüngst in seiner Bilanzpressekonferenz auf die Verpflichtungen des Landes aus Versorgung und Beihilfe für Beamte hingewiesen. Diesen Verpflichtungen werden wir selbstverständlich gerecht. Der Aufbau des Sondervermögens Versorgungsrücklage entlastet nachfolgende Generationen: Das Sondervermögen konnte von 910 Mio. Euro (2010) auf nun 1.579 Mio. Euro gesteigert werden.

Allerdings werden wir wie angekündigt eine Anpassung der Beihilfeleistungen vorstellen, die sich an den Leistungen anderer Ländern orientiert. Unsere Vorstellung ist, solche beihilfefähigen Leistungen zu identifizieren, die möglichst ohne spürbare Schlechterstellung der Beihilfeberechtigten erhebliche Kosteneinsparungen ermöglichen. Wir sind zuversichtlich eine sachdienliche Lösung zu finden, die die berechtigten Interessen der Beamten berücksichtigt.

Ausdrücklich möchte ich darauf hinweisen, dass auch wir die zunehmende Gewalt gegen Polizisten und den allgemeinen Verlust von Respekt gegenüber Institutionen des Rechtsstaats mit Sorge sehen und diesem gesellschaftlichen Phänomen begegnen werden. Dazu gehört unter anderem, dass CDU und GRÜNE im Koalitionsvertrag vereinbart haben, eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Strafgesetzbuches zu ergreifen, um die Strafverfolgung bei gewalttätigen Übergriffen gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sowie anderer Einsatzkräften zu verbessern. Auch der Einsatz der sogenannten Body Cams dient dem Schutz der Polizeibeamten vor Übergriffen, das hat die Testphase in Frankfurt gezeigt. Deshalb werden sie nun auch in anderen Städten eingesetzt.

Wir GRÜNE wollen die Arbeitsbedingungen der Bediensteten im öffentlichen Dienst verbessern. Das gilt für Beamte wie für den Tarifbereich. Wir setzen uns dafür ein, den öffentlichen Dienst familienfreundlicher zu gestalten und insbesondere weitere Möglichkeiten für flexible Arbeitszeiten, Freistellungen, Beurlaubungen und Home Office zu schaffen, wo Arbeitnehmer es wünschen. Wir führen im Interesse der Bediensteten die Befristung von Arbeitsverträgen zurück, so konnten wir in der Justizverwaltung bereits 95 befristete in unbefristete Arbeitsverhältnisse umwandeln, weitere werden in Kürze folgen.

Wir sind zuversichtlich, dass wir ein Gesamtpaket schnüren können, bei dem verbesserte Familienfreundlichkeit, verkürzte Wochenarbeitszeit und hohe Arbeitsplatzsicherheit des öffentlichen Dienstes die geplanten Maßnahmen abfedern.

Die Generationengerechtigkeit verlangt, dass wir die Sanierung der öffentlichen Haushalte sehr ernst nehmen und nicht immer höhere Schuldenberge auf unsere Kinder abladen. Nur so kann es uns gelingen, Hessen auch fiskalisch fit für die Zukunft zu machen. Denn das ist die Aufgabe vor der wir gemeinsam im Interesse unser Kinder und Enkel stehen.

Mit freundlichem Gruß


Jürgen Frömmrich, MdL